

**Beschluss** Körperliche und reproduktive Selbstbestimmung endlich umsetzen: Paragraf 218 StGB streichen!

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 29.06.2024  
Tagesordnungspunkt: 9. Verschiedenes

## Antragstext

1 Die Bundesregierung hat eine Kommission damit beauftragt, Vorschläge für eine  
2 zukünftige rechtliche Regelung von Schwangerschaftsabbrüchen zu erarbeiten.  
3 Mitte April hat diese Kommission aus unabhängigen Expert\*innen aus verschiedenen  
4 Fachbereichen die einstimmige Empfehlung abgegeben, dass  
5 Schwangerschaftsabbrüche in der Frühphase der Schwangerschaft rechtmäßig sein  
6 sollten und für Abbrüche in der mittleren Phase der Schwangerschaft dem  
7 Gesetzgeber ein Gestaltungsspielraum zustehe, der einen Regulierungsrahmen  
8 schaffe. Außerdem sollten wie bisher Ausnahmeregelungen in der gesamten  
9 Schwangerschaft vorgesehen sein, zum Beispiel bei einer Gesundheitsgefahr der  
10 Schwangeren. Durch diesen umfangreichen Bericht der Kommission und diese  
11 einstimmige Empfehlung, liegt es nun an der Politik die nötigen rechtlichen  
12 Schritte einzuleiten.

13 Wir Grüne stellen uns seit jeher gegen die Kriminalisierung von Frauen und allen  
14 gebärfähigen Menschen, die einen Schwangerschaftsabbruch brauchen sowie den  
15 Ärzt\*innen, die Abbrüche durchführen und darüber informieren. Die Streichung des  
16 Paragrafen 218 aus dem Strafgesetzbuch ist eine fundamentale Forderung der  
17 Frauenbewegungen. Der Bericht zeigt eindrucklich, dass eine Streichung wichtig  
18 für die reproduktive Selbstbestimmung von Frauen und darüber hinaus auch  
19 rechtlich geboten ist. Denn die Regelung ist verfassungsrechtlich,  
20 völkerrechtlich sowie europarechtlich falsch. Sie führt zu einer Stigmatisierung  
21 von Schwangeren und Ärzt\*innen und verschlechtert durch den so entstehenden  
22 Druck auf die Ärzt\*innen die Versorgungslage für Betroffene.

23 Als legale Behandlung können Abtreibungen endlich ins Kurrikulum der  
24 Gynäkolog\*innenausbildung einbezogen werden. Auch würde die Möglichkeit  
25 geschaffen, den Abbruch und damit zusammenhängende Behandlungskosten über die  
26 Krankenkassen abzurechnen. Gleichzeitig ist es wichtig, die überholte  
27 Beratungspflicht für Schwangere fallen zu lassen und einen Rechtsanspruch auf  
28 Beratung mit der Pflicht des Staates, ein Angebot vorzuhalten, gesetzlich zu  
29 verankern.

30 Frauenrechte in Gesellschaften sind immer ein Gradmesser für deren Demokratie.  
31 Gerade jetzt, wo Schwangerschaftsabbrüche in nationalistischen Ländern im  
32 Kreuzfeuer stehen, gerade jetzt, wo die Expert\*innen einer Meinung sind, ist die  
33 Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen ein dringend gebotenes Zeichen für  
34 Demokratie und Frauenrechte.

35 In den vergangenen Jahrzehnten gab es in der Bundesrepublik immer wieder eine  
36 gesellschaftliche Debatte. Und im Ergebnis wünscht sich die Mehrheit der  
37 Menschen eine Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs. Frauen aus der  
38 ehemaligen DDR wünschen sich endlich die reproduktiven Rechte zurück, die sie  
39 bereits hatten. Und Frankreich zeigt,

40 wie es gehen kann: Dort wurde das Recht auf den Zugang zu sicheren  
41 Schwangerschaftsabbrüchen unlängst in der Verfassung verankert.

42 Auch in Deutschland ist die alte Forderung der Frauenbewegung längst überfällig:  
43 Schwangerschaftsabbrüche in den ersten zwölf Wochen zu legalisieren und für  
44 Schwangerschaftsabbrüche in der mittleren und späten Phase der Schwangerschaft  
45 eine angemessene Regelung zu finden.

46 Wir haben als Regierungsfraktion auf Bundesebene die historische Chance, mit SPD  
47 und FDP diese überfällige Reform umzusetzen. Unsere Koalitionspartner\*innen im  
48 Bund müssen jetzt den Kommissionsbericht ernst nehmen und die  
49 Entkriminalisierung zeitnah mit uns auf den Weg bringen. Wir Grüne appellieren  
50 an FDP-Bundesjustizminister Buschmann, zeitnah einen entsprechenden  
51 Gesetzesentwurf vorzulegen.

52 Denn wer es mit dem Recht auf körperliche und reproduktive Selbstbestimmung, mit  
53 der liberalen Gesellschaft und Freiheit ernst meint, hat mit dem  
54 Kommissionsbericht jetzt eine gute Grundlage, um endlich zu handeln!